



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Erichs, Erich: Der Liberalismus und das Reichstagswahlrecht

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Liberalismus und das Reichstagswahlrecht

Von Erich Erichs=Bremen



Die Klagen darüber, daß der Parlamentarismus sich im Niedergange befinde, haben sich in letzter Zeit angesichts der Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus und im ungarischen Parlamente wieder vermehrt. Konservative Blätter suchen diese Vorgänge im Sinne ihrer Partei auszunutzen und gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht auszuspielen; die liberale Presse vermeidet es im allgemeinen, näher auf dieses Thema einzugehen. Der moderne Parlamentarismus ist eine Schöpfung des politischen Liberalismus. Der liberale Gedanke von der Souveränität des Volkes gipfelt in der Selbstregierung des Volkes, die wiederum praktisch nur durch Vertreterkonvente möglich ist. Die liberalen Ideen von der politischen Freiheit und der politischen Gleichheit haben in Volksvertretungen, die wie der deutsche Reichstag auf Grund allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt werden, Erfüllung gefunden.

An alte Ideale rührt man nicht gern. Man glaubt nicht mehr so ganz an sie, aber man mag sich das nicht so recht eingestehen. Man verteidigt sie wie Dogmen und sieht nicht, wie aus den Idealen Idole werden. Ideale sind nur lebenskräftig, solange sie nicht in die Wirklichkeit umgesetzt sind. Sie sind nur solange vollkommen, wie sie Ziele des Willens anzeigen; sind sie zur Wirklichkeit, sind sie Einrichtungen geworden, so unterliegen sie allen Unvollkommenheiten wie andere menschliche Einrichtungen auch. Man verschließt davor vergebens die Augen, die Gegner werden schon darauf aufmerksam machen. Es mag den liberalen Parteien bequem oder unbequem sein, daß die Frage nach dem Niedergange des Parlamentarismus gerade jetzt erörtert wird, wo eine neue liberale Welle durch die Lande geht; sie kommen aber nicht darum hin, sich an diesen Erörterungen zu beteiligen und nötigenfalls ihre Stellung zu den alten Idealen des Liberalismus zu revidieren, sie fallen zu lassen und neue aufzustellen.

Das Eine steht jedenfalls fest, daß sich im modernen Parlamentarismus, der sich auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht aufbaut, eine Menge schwerer Unzulänglichkeiten gezeigt haben. Die schlimmsten Unzuträglichkeiten sind die,

die durch den Gegensatz zwischen Ideal und Wirklichkeit entstanden sind. Gerade auf dem Gebiete der Politik ist dieser Gegensatz besonders scharf, mindestens ebenso wie auf dem Gebiete des religiösen Lebens, wo er in der Kluft zwischen Religion und Kirchentum zutage tritt. Nach der Idee soll das Parlament eine Auslese der tüchtigsten und besten Männer der Nation sein; nach der Idee treten die Staatsbürger zusammen, um im Nachdenken über das Wohl des Vaterlandes den Würdigsten unter sich zu ihrem Vertreter zu erwählen. In der Wirklichkeit sehen wir nicht etwa, daß vor den Wahlen die einzelnen mit sich zu Räte gehen, wer unter ihnen der würdigste Vertreter sei, sondern wir sehen das Volk in verschiedene Massen auseinanderfallen, die sich in der Hauptsache nach Berufen gliedern, also sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten scheiden. Diese Massen werden dann nach ihrem angeblichen oder wirklichen Interesse von geschickten politischen Suggestioneuren gelenkt. In der Idee wird an die Einsicht und den Patriotismus der einzelnen appelliert, in der Wirklichkeit sind Einsicht und Patriotismus nur Aushängeschilder, spekuliert wird dagegen faktisch auf gewisse Masseninstinkte, die mit den größten Mitteln, die auf die Massen Eindruck machen, geweckt werden. Darum sind es auch nicht die Tüchtigsten und Besten, die diese Mittel anwenden, sondern es sind meistens diejenigen, die sich am besten auf die Massen verstehen, die den Massen am meisten versprechen, — nicht die die Massen hinaufheben, sondern die zu den Massen herabsteigen, welche als deren Vertreter ins Parlament einziehen. Und das Parlament selbst ist ein Spiegelbild der Massen, die von der Parlamentstrübüne aus weiter umschmeichelt werden, und während die Abgeordneten in Wirklichkeit um nackte wirtschaftliche Interessen kämpfen, berauschen sie die Massen zugleich mit schön klingenden allgemeinen Phrasen von den edlen Absichten ihrer Partei und von den bösen Gesinnungen der Gegner.

Überall, wo Ideale und Wirklichkeit auseinanderlaufen, setzt eine Bewegung ein, sie in bessere Übereinstimmung zu bringen. Die religiöse Bewegung unserer Zeit ist ein Beispiel davon. Es kann nicht ausbleiben, daß dieser Vorgang auch auf dem Gebiete der Politik stattfindet. Ernste Männer aus allen Parteilagern schenken ihm die aufmerksamste Beachtung, wie Zentsch, Unold, neuerdings auch der Däne Christensen (in seinem Buche „Massenmoral und Politik“, verlegt bei Teubner), dessen Gedankengängen sich der Verfasser im großen und ganzen anschließt. Nur im liberalen Parteilager verkennt man noch die Bedeutung der Dinge, die da allmählich kommen wollen. Man gibt sich hier einem gefährlichen optimistischen Quietismus hin. Man kann freilich seine Augen den vielen Schäden des Parlamentarismus nicht ganz verschließen, aber man verneint, daß es sich dabei um die Grundlagen des parlamentarischen Wesens handelt, und glaubt es nur mit Auswüchsen zu tun zu haben, die sich ohne Erneuerung der Grundlagen beseitigen lassen. Man läßt sich durch einen bequemen Mytizismus einschläfern: wenn das allgemeine Wahlrecht nur überall in den Einzelparlamenten durchgeführt wird, wenn ferner eine gerechte Wahl-

freiseinteilung vorgenommen, wenn das Wahlgeheimnis wirklich geschützt, wenn die allgemeine Bildung gehoben, besonders wenn das Volk im liberalen Sinne aufgeklärt wird, dann kann es gar nicht ausbleiben, daß die geschilderten Unzuträglichkeiten schließlich von selbst fortfallen, daß der tatsächliche Wille des Volkes zum Ausdruck kommen, eine vernünftige innere Politik getrieben, Recht und Gerechtigkeit triumphieren und das Ganze blühen und gedeihen muß. Die Idee des laissez faire, laissez aller, die auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens gründlich bankrott gemacht hat, herrscht in den Kreisen der liberalen Parteien in bezug auf das Verfassungswesen noch uneingeschränkt. Der politische Liberalismus, dem doch die Vernunft Autorität ist, huldigt hier einem ganz vernunftlosen Utopismus, wenn er an eine Art prästabiler Harmonie durch den Parlamentarismus glaubt, die faktisch durch keine Erfahrung begründet ist, gegen die vielmehr alle politische Erfahrung spricht. Denn es ist für den Unbefangenen ganz klar, daß, wenn schon heute, wo die Demokratisierung des Verfassungslebens doch immerhin nur eine beschränkte ist, die Masse mit ihren primitiven Instinkten das politische Niveau herabzieht, dies noch viel mehr der Fall sein wird, wenn die Masse vermittelt des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in allen Körperschaften noch mehr Einfluß erhält. Das Ende wird nicht eine Politik auf höherer Stufe der Kultur, sondern die Herrschaft der Demagogie mit ihren Schrecken sein.

Der große Irrtum, den der Liberalismus in seinem Bemühen begeht, den Widerstreit zwischen Wirklichkeit und Ideal zu schlichten, besteht darin, daß er die Wirklichkeit falsch sieht, und auf dieser falsch gesehenen Wirklichkeit falsche Ideale aufbaut. Es ehrt ihn sein Idealismus, der ihn die Menschen so hoch einschätzen läßt, aber mit diesem Idealismus verliert er schließlich allen Boden unter den Füßen, und wenn er eines schönen Tages erwacht, wird er sehen, daß seine Kämpfe nur noch Schattenkämpfe sind, daß die wirklichen realen Kämpfe auf ganz anderem Gebiete und auf ganz andere Weise ausgefochten werden. Der Liberalismus nehme daher die Wirklichkeit, wie sie ist, und suche von da aus zu neuen Idealen zu gelangen. Es hat heutzutage keinen Zweck mehr, über die Politik der wirtschaftlichen Sonderinteressen, die sich im Parlamente breit machen, zu wehklagen, in der Politik der wirtschaftlichen Interessen die Bombe zu verfluchen, die Bismarck einst geworfen habe, um die Liberalen zu schwächen. Es ist unreal gedacht, an die selbstlose Hingebung, an die edle Vaterlandsliebe der alten vormärzlichen und nachmärzlichen Parlamentarier zu erinnern und ihre Tugenden wieder herbeizusehnen. Nie werden ihr Idealismus und ihre Opferfreudigkeit wiederkehren. Solche Tugenden gedeihen nur, wo ganz große Ziele vor Augen stehen, große allgemeine Ziele, wie die Schaffung der deutschen Nation und ihre Verfassung waren, über die der einzelne mit seinen kleinen individuellen Sorgen und Wünschen sich vergißt und vergessen wird. Ist die Institution geschaffen, dann kommt notwendig die Kleinarbeit und dann drängen sich von selbst die individuellen Ansprüche in den Vorder-

grund. Die sich erst freuten, daß sie überhaupt eine Unterkunft fanden, kämpfen jetzt um den besten Platz in der Wohnung.

Die Sozialdemokratie hat es zuerst erkannt, daß die politischen Kämpfe im wesentlichen wirtschaftliche Kämpfe sind. Sie hat das mit einer so brutalen Offenheit ausgesprochen, daß sich der in Ideologien lebende sentimentale Bildungsdeutsche davon angewidert abgestoßen fühlte. Nach der Sozialdemokratie hat der Bund der Landwirte mit derselben brutalen Rücksichtslosigkeit sich zum Vorkämpfer des ackerbaureibenden Grundbesitzes erklärt. Nur der Liberalismus sträubt sich, den wirtschaftlichen Faktor in der Politik als den entscheidenden anzuerkennen.*) Nur er hält an der Fiktion fest, die Bürger wollten alle das Beste des Staates, nicht ihr eigenes. Es wird Zeit für den Liberalismus, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, und das Prinzip der wirtschaftlichen Interessen seinerseits als treibende Kraft in der Politik anzuerkennen. Er wird sehen, daß er damit die Basis gefunden hat, von der aus das politische Leben unserer Tage zu kurieren ist, von der aus der Parlamentarismus neu konstruiert werden kann, von der aus eine wahre Demokratie, die nicht zur Massenherrschaft, zum Proletarismus, zur Demagogie führt, aufgerichtet werden kann. Er wird freilich sein heutiges Ideal vom parlamentarischen Wesen begraben müssen. Denn wenn ich mich zu dem Grundsatz bekenne, daß es wirtschaftliche Interessen sind, die das politische Leben beherrschen, dann ist es durchaus widersinnig, eine parlamentarische Gliederung des Volkskörpers in einer Weise vorzunehmen, daß die wirtschaftlichen Interessen direkt negiert werden. Dann ist es vielmehr allein logisch, die politische Vertretung des Volkes gemäß seinen wirtschaftlichen Interessen, nach seiner wirtschaftlichen Schichtung vorzunehmen. Das heißt, dann ist es eine unabweißbare Forderung, aus den jetzigen Parlamenten wirtschaftspolitische Vertretungen, Berufsvertretungen zu machen.

Aber das heißt, den Teufel mit Beelzebub austreiben! wird mancher gut liberale Mann entsetzt ausrufen. Nun will man gar noch die wirtschaftliche Begehrlichkeit sanktionieren und hofft dadurch zu besseren Zuständen zu gelangen, daß man ausdrücklich anerkennt, was ausgerottet werden sollte! Mir scheint, daß dieser Einwand nicht stichhaltig ist. In einem auf Grund einer Berufsvertretung aufgebauten Parlamente wird der Kampf um wirtschaftliche Interessen nicht heißer sein als er jetzt schon ist. Aber eins wird durch ein solches Berufsparlament ganz gewiß erreicht werden: der Kampf wird ehrlicher werden. Heute handelt es sich um wirtschaftliche Interessen, aber man verbirgt sie unter tönenden Schlagwörtern und heuchlerischen Phrasen. Die Wissenden bedienen sich der Masse der Unwissenden zu ihren Zwecken, indem sie sie täuschen

*) Hier übersieht der Autor die Gründung des Hansabundes, der vor drei Jahren an dieser Stelle so warm begrüßt wurde, eben weil die Hoffnung bestand und auch noch besteht, daß er mit seinem offenen Bekenntnis zu wirtschaftlichen Aufgaben befähigt sein werde, wenigstens die liberalen Parteien in dem vom Autor gedachten Sinne umzubilden und in ihre Politik mehr Ehrlichkeit zu bringen.

und am Gängelbände führen, wohin sie sie haben wollen. Dieses unehrliche Spiel ist, wenn mit offenem Bistier gekämpft wird, nicht mehr so leicht möglich. Wissen die Wähler, daß es sich nur um wirtschaftliche Interessen handelt, dann werden sie sich von keinem Phrasengellingel mehr betören lassen, gegen ihre wirklichen Interessen zu stimmen und Parteien zu unterstützen, die ihre Lebenskraft nur noch aus dem mit Absicht gepflegten Phrasennebel ziehen. Den großen Volksverführern wird das Handwerk gelegt. So wird auch ein zweites erreicht: heutzutage wird über alle möglichen Interessen von Nichtsachverständigen entschieden, und die großen wirtschaftlichen Interessengruppen suchen auf dem Wege des Antichambrierens bei den Parlamentsgewaltigen und in den Ministerien ihre Sachen wahrzunehmen. In einem Berufsparlamente sitzen nur Sachverständige. Die einzelnen Berufsgruppen, die nach ihrer Bedeutung für den Wirtschaftskörper des Volkes ihre Vertretung erhalten würden, werden nur ihre sachverständigsten Leute in das Zukunftsparlament schicken, und dieses würde somit eine Sachverständigenkammer par excellence werden, in der sich niemand ein X für ein U vormachen lassen und nur nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden würde. Gewiß wird ein solches Parlament dadurch den Anstrich eines rein geschäftlichen Konsortiums erhalten. Das mutet uns vielleicht zuerst etwas nüchtern an, aber schließlich ist es kein Fehler, wenn heutzutage etwas weniger geredet und mehr gearbeitet wird. Das aber dieser geschäftliche Charakter, den das Parlament erhält, einem gedeihlichen Arbeiten hinderlich sein sollte, ist kaum anzunehmen; wahrscheinlich wird die Verständigung in einem solchen Parlament, unter nüchternen Geschäftsleuten, die wissen, um was es sich handelt, leichter sein als unter Volksvertretern, die von politischen Leidenschaften hin- und hergeworfen werden. Wie dem auch sei, unter einem solchen Geschäftsparlament werden, wie gesagt, den großen Demagogen die Waffen entwunden und wird damit dem ganzen widerlichen Treiben vor den Wahlen ein Ende gemacht. Dabei ist es bei der Berufsvertretung nicht nötig, daß das Wahlrecht ein indirektes würde; es könnte ruhig allgemein und direkt bleiben, nur wäre es nicht mehr gleich, da ja die verschiedenen Berufsgruppen je nach ihrer Bedeutung für den Staat eine verschiedene Anzahl von Vertretern hätten.

Im übrigen soll dieser Artikel keine Auseinandersetzung über Einzelheiten des Berufswahlrechts geben, sondern nur eine Anregung sein, über das Problem des gegenwärtigen Parlamentarismus nachzudenken, eine Aufforderung an die Liberalen, das zu tun. Gewiß ist es für eine Partei ungeheuer schwer, sich von einem Dogma abzuwenden, besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Sozialdemokratie das Reichstagswahlrecht für tabu erklärt hat und jeden zum „Volksfeinde“ stempelt, der es wagt, darüber eine eigene Meinung zu haben. Selbstredend: denn der Sozialdemokratie, die mit Bewußtsein nur wirtschaftliche Interessen vertritt, kommt die heutige ideologische Verfahrenheit im bürgerlichen Lager nur zu gut. Immerhin, der Liberalismus sollte sich sagen: das allgemeine gleiche Wahlrecht ist etwas Gewordenes, und als etwas Gewordenes

unterliegt es auch der Veränderung. Vielleicht war es nötig, um der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum aus dem Sumpf zu helfen, in den sie durch den jungen Industrialismus geraten waren. Aber wenn die Sozialdemokratie es zum Behufel benutzen will, um die Lohnarbeiterschaft zur herrschenden Klasse zu machen, zum Mittel, mit dem sie den Staat erobern will, ein Ziel, das man als Unbefangener doch wirklich nicht wünschen kann, dann ist es tatsächlich Zeit, darüber nachzudenken, ob dieses Wahlrecht noch den veränderten Verhältnissen entspricht, ob man es noch weiter ausbauen und auf die Einzellandtage noch übertragen soll oder nicht*).



Schaffen und Genießen

Die Tendenz zur reinen Konsumtion und ihre Bekämpfung

Von Professor Dr. Alfred Vierkandt=Berlin

II.

Wir beenden damit unseren Rundgang. Der Sinn des Ganzen ist klar: der moderne Mensch wünscht, so können wir es in einem Bilde ausdrücken, wenn er den Mühen der Berufsarbeit den Rücken kehrt, sich auf ein Ruhesofa zu legen und die Güter des Lebens gleich gebratenen Tauben sich von selbst in den Mund fliegen lassen. Die allgemeinen Ursachen dieser ganzen Wandlung sind die nämlichen, die wir für das engere Gebiet der häuslichen Wirtschaft bereits oben kennen lernten. Auf der einen Seite wirken die Bemühungen der Berufstätigkeit auf sie hin. Die Industrie — dieses Wort im weitesten Sinne genommen — sucht nach immer neuen Betätigungen und Absatzmöglichkeiten; unsere Lehrer und Gelehrten, Künstler und Schriftsteller suchen ebenso immer neues Publikum zu gewinnen und für ihre Tätigkeit neue Ziele ausfindig zu machen. Alle diese Bemühungen sind dabei entsprechend der Gesamtart unserer Zeit mit einem viel höheren Maße von Rationalität verbunden, als es jemals früher der Fall war. So ergießt sich eine Flut von Angeboten und Erzeugnissen über das Publikum, deren dieses sich kaum zu erwehren vermag. Und dazu kommt die innere Resonanz, die diese Anerbietungen bei ihm finden: sie stellen durchweg verlockende Reize für die Konsumenten dar. Sie appellieren einerseits an edlere Interessen, wie das Bildungsinteresse, den Naturfönn, das Freiheitsbedürfnis und das Streben

*) Wir weisen auf den Aufsatz des Syndikus der Handelskammer zu Schweidnitz, des Herrn Dr. Heubner, in Heft 26 vom Jahre 1911 „Ständegliederung und Ständeversammlung“, der ähnliche Forderungen, wenn auch von anderen Gesichtspunkten ausgehend, erhebt. D. Schriftlfg.